

Pressesprecher: Stefan Leonhart
Telefon 08342 911-303
Fax 08342 911-565
pressestelle@ostallgaeu.de
Marktobersdorf, den 04.12.2023

Medieninfo

Flüchtlingsunterkünfte: Gemeindetag stärkt Landratsamt den Rücken

Der Ostallgäuer Kreisverband des Bayerischen Gemeindetags stärkt dem Landratsamt bei der Unterbringung von Geflüchteten den Rücken. Man müsse diese Herausforderung gemeinsam meistern, sagte der Kreisverbands-Vorsitzende Armin Holderried in einer Besprechung der Ostallgäuer Bürgermeister. Der Ostallgäuer Kreisausschuss entsandte dazu in seiner Sitzung am Freitag ebenso ein klares Zeichen der Solidarität.

Man stehe voll und ganz hinter den Planungen des Landkreises, auf dessen eigenen Grundstücken wie beispielsweise in Westendorf Flüchtlingsunterkünfte zur errichten, so Holderried. Der Kreisverband sende damit ein „sehr deutliches Signal für Solidarität“ unter den Gemeinden und mit dem Landratsamt. Ziel müsse eine gerechte Verteilung zwischen den einzelnen Gemeinden sein. „Wir Kommunen müssen Solidarität zeigen, sonst wird diese Aufgabe nicht gelingen. Da müssen wir noch besser werden und eine gleichmäßigere Verteilung anstreben“, sagt Holderried.

„Gemeinsame Lösungen finden“

Die Unterbringung von schutzsuchenden Menschen auf der Flucht ist eine vom Staat an die Landratsämter übertragene Aufgabe. Daher stand es für den Ostallgäuer Kreisausschuss am Freitag außer Frage, dem Landratsamt geeignete Grundstücke des Landkreises für die Flüchtlingsunterbringung bereitzustellen. Im Ausschuss wurde zudem gefordert, dass auch andere öffentliche Institutionen wie Bund, Länder und Kirchen Immobilien zur Verfügung stellen.

Das Landratsamt sucht seit Monaten händeringend nach Flüchtlingsunterkünften. Aufgrund fehlender Angebote müssen nun Notunterkünfte in Betrieb genommen werden – neben dem Tagungshaus in Eschers, der Berufsschulturnhalle in Marktobersdorf nun auch Container auf dem Gelände des ehemaligen Kreisbauhofs in Westendorf und ein Zelt auf dem Parkplatz des Landratsamtes. „Natürlich fällt uns das nicht leicht, aber es ist unsere gesetzliche Pflicht, den geflüchteten Menschen Obdach zu gewähren und ihnen zu helfen“, sagte Landrätin Maria Rita Zinnecker im Vorfeld der Sitzung.

„Die Entscheidungen des Gemeindetags und des Kreisausschusses bedeuten einen engen Schulterschluss zwischen Landratsamt und Gemeinden als Hauptbeteiligte in der Flüchtlingsunterbringung“, betonte Zinnecker. „Das ist ein wichtiger Schritt, um gemeinsam Lösungen zu finden.“